

[REDACTED]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales  
z.H. Ministerialrat [REDACTED]  
Wilhelmstraße 49  
10117 Berlin

Widerspruch gegen den ablehnenden IFG-Bescheid zum OMS-Projekt  
Ihr Zeichen: [REDACTED]

Hannover, den 31. Juli 2012

Sehr geehrter Herr [REDACTED]  
sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 20. Juli 2012 erteilen Sie meinem IFG-Auskunftsersuchen eine ablehnende Absage.

Inhaltlich habe ich um Offenlegung von Sitzungsprotokollen, Zwischenergebnissen und Projektunterlagen des OMS-Projektes gebeten.

Sie berufen sich dabei auf §§ 3ff. IFG und verweigern die Auskunft u.a. mit der pauschalen Behauptung, dass eine notwendige Vertraulichkeit diese nicht zulassen würde.

Von der Möglichkeit der Veröffentlichung von Teilen der von mir genannten Dokumente sowie von der Möglichkeit der Anonymisierung von Dokumenten schreiben Sie nicht, möchten hiervon also offenbar keinen Gebrauch machen.

Den Ihnen vorgebrachten Argumenten halte ich das dringende Bedürfnis der Öffentlichkeit entgegen, die insbesondere ein Anrecht auf die abwägenden Überlegungen bei dem im Projekt OMS vorgesehenen Weichenstellungen für eine spätere für alle Bürger anzuwendende Automatisierung, Digitalisierung und Elektronifizierung behördlicher Vorgänge hat.

Weitere und ausführliche Gründe für meinen Widerspruch vorzubringen behalte ich mir ausdrücklich vor, werde nun aber zunächst den Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit einschalten, um eine Klärung meines Auskunftsersuchens möglichst zu bewirken.

Viele gute Grüße,

[REDACTED]